

Fragen an die Kandidat*innen zur Oberbürgermeister*innen-Wahl in Kassel

Zum Themenbereich Schutz vor Sexualisierter Gewalt
an Kindern und Jugendlichen

*Gestellt durch faX – Fachberatungsstelle bei sexualisierter Gewalt in Stadt und
Landkreis Kassel.*

Die folgenden Fragen wurden am 16.01.2023 an alle OB-Kandidat*innen geschickt.
Es wurde darum gebeten, diese bis zum 12.02.2023 zu beantworten.



SVEN SCHOELLER ◊

BÜNDNIS 90/Die Grünen

Sven Schoeller



CDU
Kreisverband
Kassel-Stadt

CDU

Eva Kühne-Hörmann



DIE LINKE.

Die Linke

Violetta Bock



Die PARTEI
Landesverband Hessen

Die Partei

Stefan Käufler



SPD SOZIALE
POLITIK FÜR
KASSEL %

SPD

Isabel Carqueville



**CHRISTIAN
GESELLE**

Christian Geselle

Die Sortierung der Kandidat*innen wurde alphabetisch anhand der Parteien
vorgenommen und beinhaltet keine inhaltliche Wertung unsererseits.

1. Sehen Sie den Schutz vor sexualisierter Gewalt von Kindern und Jugendlichen als „Chefsache“ in Ihrer Amtszeit an?

SVEN SCHOELLER Ich sehe den Schutz von Kindern und Jugendlichen gegen sexualisierte Gewalt als eine wichtige Aufgabenstellung der Stadt an. Ich beabsichtige – ganz allgemein – das Kollegialorgan Magistrat auch kollegial zu führen. Das bedeutet, dass die Fachthemen im Grundsatz von den fachspezifisch zuständigen Dezernent*innen bearbeitet und steuernde Entscheidungen im Magistrat gemeinsam getroffen werden. Als Oberbürgermeister werde ich dem Magistrat vorsitzen und aus dieser Rolle heraus auch meinen persönlichen Einfluss für dieses wichtige Thema geltend machen, das mir als Vater von drei Kindern auch persönlich besonders nahe geht.

Im Übrigen haben wir für den Bereich Jugend, Gesundheit, Bildung und Chancengleichheit mit Nicole Maisch eine sehr fähige und starke Dezernentin, mit der ich auch in diesem Punkt eine ausgezeichnete Zusammenarbeit sehe. Ich kann Ihnen daher grundsätzlich versichern: die Lage von Menschen in Kassel, die sozial ausgegrenzt sind, diskriminiert werden oder Gewalt erleiden – und hier insbesondere Kinder und Jugendliche – werden immer eine zentrale Stellung in unserer Arbeit im Magistrat und meiner Arbeit als Oberbürgermeister haben. Dazu gehört eine gute Zusammenarbeit mit allen Institutionen und Akteuren*innen, die ehrenamtlich und professionell beraten und Hilfe leisten.



Ein klares JA! Sexualisierte Gewalt bei Kindern und Jugendlichen lässt mich fassungslos zurück. Häufig sind die Opfer für ihr gesamtes Leben traumatisiert. Die Zahl der Fälle hat sich durch das Internet in den letzten Jahren fast verdoppelt. Der Staat ist verpflichtet durch Prävention Taten zu verhindern, den Opfern zu helfen und die Täter zu identifizieren und zu bestrafen. Als Justizministerin habe ich mich intensiv acht Jahre lang mit diesem Thema beschäftigt und einige Verbesserungen für die Opfer erreichen können, aber es gibt noch viel zu tun. Das Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder ist zum 1.7.2021 und 1.1.2022 in Kraft getreten und ein Schritt in die richtige Richtung. Als hessische Justizministerin habe ich zu diesem Gesetzentwurf umfangreiche Stellungnahmen und Anträge gestellt, die zum großen Teil übernommen wurden. Dazu gehörte, daß die Straftatbestände neu formuliert wurde, um das Unrecht der Täter klarer zu beschreiben. Politisch hat es viel Kraft gekostet, daß der Tatbestand jetzt als Verbrechenstatbestand ausgestaltet ist mit einem Strafrahmen von 1 Jahr bis zu 15 Jahren bedroht ist (zuvor war es ein Vergehen mit Freiheitsstrafe von 6 Monaten bis zu 10 Jahren bedroht). Und jetzt ist auch die Verbreitung, der Besitz und die Besitzverschaffung von Kinderpornographie als Verbrechenstatbestand ausgestaltet.

DIE LINKE.

Ich sehe es als Chefin-Sache an, Kinder und Jugendliche vor sexueller Gewalt, aber auch vor allen anderen Formen von Gewalt, Misshandlungen, Vernachlässigung, Verwahrlosung zu schützen. Mit jeder Verletzung, mit jedem Übergriff, mit jedem Schlag verliert ein Kind ein Stück seiner Integrität und Würde - dem gilt es entschlossen entgegenzutreten und die dafür notwendigen finanziellen Mittel bereit zu stellen.

SPDSOZIALE
POLITIK FÜR
KASSEL

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen sind unter einer Oberbürgermeisterin Carqueville Chefsache. Prävention hat für mich dabei Priorität.

**CHRISTIAN
GESELLE**

Das ist ein sehr wichtiges Thema. Ich bin durch den kontinuierlichen Austausch mit den involvierten Ämtern gut informiert und jederzeit für das Thema ansprechbar. Hinzu kommt, dass ich Erfahrungen mit dem Themenkomplex durch meine Tätigkeit im Versorgungsamt habe. Die Federführung bei diesen Fragen liegt bei der Fachdezernentin, die grundlegenden Fragen oder Problemen werden im Dezernentenkreis besprochen.

2. Wie sehen Sie Kassel in Bezug auf den Schutz vor sexualisierter Gewalt von Kindern und Jugendlichen aufgestellt?

SVEN SCHOELLER In Kassel gibt es viel Engagement und Kompetenz bei gut aufgestellten Einrichtungen oder Beratungsstellen. Und trotzdem gibt es eine Reihe von Handlungsfeldern, auf denen Verbesserungen notwendig sind. In Ihren folgenden Fragen sprechen Sie wichtige Aspekte dazu an.



In Kassel gibt es zahlreiche Institutionen, Beratungsstellen und Vereine, die engagiert und kompetent in der Prävention und im Opferschutz Hilfe anbieten. Es kommt darauf an die Angebote vom Bund und dem Land zu nutzen, sich noch mehr zu vernetzen und individuell an Konzepten für Kassel zu arbeiten.

DIE LINKE. Es gibt in Kassel gute Schutz- und Beratungsangebote für Betroffene, die den Weg zu den Beratungsstellen finden. Was häufig fehlt, ist die Information über die bestehenden Hilfsangebote. Und vor allem fehlt die vorbeugende Arbeit in Kitas, Schulen, offener Kinder- und Jugendarbeit und bei Vereinen und Verbänden, die mit Kindern arbeiten. Hier ist bei der Qualifikation des hauptamtlichen und ehrenamtlichen pädagogischen und pflegerischen Personals noch viel zu tun, denn immer noch halten sich gefährliche Ansichten über sexuelle Gewalt und die Beschönigung der Taten in der (Fach)Öffentlichkeit.



Die Erarbeitung verbindlicher Schutzkonzepte, die Verhaltenskodex, Notfallpläne, Prävention und Qualifizierung beinhalten sollen, werde ich unterstützen. Kassel ist denke ich bei dem Thema gut vernetzt aufgestellt. Der Informationsgrad ist relativ hoch, so mein Eindruck. Dennoch kann und muss mehr getan werden.



Da hat der Kooperationsarbeitskreis GESA eine besonders wichtige Aufgabe. Denn eine abgestimmte und verbindliche Zusammenarbeit aller Institutionen und Einrichtungen, die in der Prävention, der Intervention und der Therapie im Bereich der sexuellen Gewalt tätig sind, professionalisiert den Arbeitsbereich nachhaltig. Hier werden u.a. auch Lücken in der Hilfestruktur identifiziert, artikuliert und Angebote in gemeinsamer Verantwortung weiterentwickelt. Der stetige Ausbau und die Weiterentwicklung der Angebote in der Region hat die Situation für Betroffene gerade in den letzten Jahren aus meiner Sicht erheblich verbessert. Dazu hat auch die Stadt einiges beigetragen. Worauf wir künftig noch stärker achten müssen: Mit einer sich veränderten Gesellschaft entstehen neue Aufgaben, wie z.B. die Ansprache und der Umgang von Kindern und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte

3. Multiprofessionelle (Polizei, Justiz, Medizin, Fachberatung, Schule, Jugendamt) Zusammenarbeit bei Verdacht auf innerfamiliäre sexuelle Gewalt gelingt in Kassel nicht immer – wo sehen Sie Möglichkeiten zur Verbesserung hierzu (siehe Kampagne UBSKM)

SVEN SCHOELLER ◊ Sexuelle Gewalt, besonders innerhalb der Familie, ist eine traumatische Erfahrung für das betroffene Kind, die das gesamte Leben schwerwiegend beeinflussen kann. Neben einem Hellfeld, das in den Blick behördlicher bzw. polizeilicher Wahrnehmung kommt, müssen wir von einem erheblichen Dunkelfeld ausgehen, in dem Taten erfolgen. Die bei weitem meisten Fälle sexualisierter Gewalt finden dabei im persönlichen Nahumfeld, insbesondere der Familie, der Kinder und Jugendlichen statt. Da macht es ausgesprochen schwierig, überhaupt die für eine Intervention erforderliche Kenntnis von Vorfällen zu erlangen. Nicht selten sind es die Betroffenen selbst, die erst nach Jahren des Älterwerdens von den Vorfällen in ihrer Kindheit berichten. Damit sind vielfältige Probleme der justiziellen Aufklärung verbunden, deren Erörterung hier sicherlich den Rahmen sprengen würde.

Im Bereich der Einflussphäre der Stadt geht es insbesondere um zwei Aufgabenstellungen. Erstens sollten wir alles dafür tun, dass Fälle den zuständigen Behörden auch zur Kenntnis gebracht werden. Wir müssen also das Dunkelfeld reduzieren. Soweit sich Vorfälle im „geschützten Raum“ der Privatheit, insbesondere der Familie stattfinden, ist das ausgesprochen schwer. Helfen kann hier aber Kampagnenarbeit, die den Menschen ins Bewusstsein bringt, dass die meisten Vorgänge dieser Art im eigenen Nahumfeld stattfinden und daher ein wacher Blick auch für das Unvorstellbare erforderlich ist. Gerade für Menschen, die in ihrem Umfeld solche Beobachtungen gemacht haben, sind hochprofessionelle und vertrauliche Beratungseinrichtungen wichtig, die den Weg ebnen, richtig und im Dienst des Kindeswohls zu intervenieren. In der weiteren Sozialsphäre der Kinder und Jugendlichen sind die Möglichkeiten der Präventionsförderung besser als im engsten familiären Bereich. Aber auch hier müssen wir von Seiten der zuständigen Behörde auf einen effektiven Vollzug vorgeschriebener Schutzmaßnahmen hinwirken. Ich denke dabei z.B. an die konsequente Umsetzung von Schutzkonzepten in Sportvereinen und die Vorlage erweiterter Führungszeugnisse von Übungsleiter*innen.

Zweitens ist es eine wichtige Aufgabenstellung, im komplexen Spannungsfeld zwischen dem Schutz des betroffenen Kindes/Jugendlichen und den Anforderungen an einer den rechtstaatlichen Standards der Wahrheitsfindung genügenden Aufklärung die richtige Abstimmung zwischen allen beteiligten Akteur*innen zu finden. Grundsätzlich gilt dabei, dass eine Vertiefung einer Traumatisierung durch eine unkoordinierte und z.T. vielfach wiederholte Befassung des Kindes gegenüber verschiedenen Stellen, soweit wie möglich zu reduzieren ist. Insoweit sind ganzheitliche, interdisziplinär aufgestellte Facheinrichtungen ein guter Weg, um diese Aufgaben zu erfüllen. Deshalb sehe ich daher beispielsweise das Konzept eines Childhood-Hauses grundsätzlich sehr positiv. Eine entsprechende Einrichtung mit guter fachlicher und finanzieller Ausstattung könnte das Angebot in Kassel gut erweitern und findet grundsätzlich meine Unterstützung.

Als Justizministerin habe ich mitgewirkt fachübergreifende Organisationsstrukturen zu schaffen zwischen Staatsanwaltschaft, der Polizei und den hessischen Opferberatungsstellen. Inzwischen gibt es eine enge Zusammenarbeit zwischen der ZIT (Zentralstelle für Internetkriminalität bei der Generalstaatsanwaltschaft), dem Bundeskriminalamt, dem Landeskriminalamt und den Opferberatungsstellen. Es sind Sondereinheiten, die personell und finanziell massiv aufgestockt wurden, geschaffen worden (BAO/Focus), die zahlreiche Erfolge vorweisen können bei der Bekämpfung dieses Kriminalitätsfeldes. Als Ministerin habe ich daran mitgewirkt, daß 2012 durch die hessische Landesregierung der Aktionsplan des Landes Hessen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt in Institutionen verabschiedet wurde. 2014 ist eine Initiative zur Prävention-„Trau Dich“ gestartet worden. 2016 eine Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“. Als Justizministerin habe ich am Uni Klinikum in Gießen ein Projekt unterstützt für Männer mit pädophilen Neigungen- „Kein Täter werden“ um nur einige Initiativen zu nennen. Als Landtagsabgeordnete einer Koalition, die die Regierung stellt, bin ich froh darüber, daß sich Hessen, ganz aktuell, Ende Januar 2023, als erstes Bundesland mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband auf gemeinsame trägerübergreifende Qualitätsstandards bei den Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend verständigt haben. Die Vorschläge und Schutzkonzepte von UBSKM halte ich für zielführend. Als Oberbürgermeisterin kommt es darauf an aus allen guten Initiativen und Vorschlägen ein pragmatisches Gesamtkonzept für Kassel zu erarbeiten, bei dem ein schneller Weg den Opfern hilft und noch mehr Prävention angeboten und noch mehr eine Sensibilisierung in der Gesellschaft erreicht werden muß.

DIE LINKE.

Die Menschen, die in diesen Bereichen arbeiten, tun sicher viel für den Schutz der Kinder und Jugendlichen in Kassel. Aber für eine Zusammenarbeit braucht es neben dem politischen Willen genügend Personal und zeitliche Ressourcen, um sich mit anderen Akteuren vernetzen zu können und Konzepte erstellen zu können. Hier sollten die beteiligten Institutionen Fachleute für diesen Bereich benennen und qualifizieren.





Bei Straftaten von derart hoher Tragweite für die betroffenen Kinder und Jugendlichen sollten wir die Meldekettensysteme mindestens so stringent umsetzen, vergleichbar zu dem, wie zum Beispiel Krankenhäuser mit der Hygiene oder der Infektionsprävention umgehen. Dort weiß man: Schon wenige Wochen nach einem fachlichen Training lässt die Aufmerksamkeit der Mitarbeiter:innen für das jeweilige Thema schon wieder nach. Ich weiß aber nur zu gut: Seminare vor Ort sind schwer zu organisieren, wenn gar unmöglich in Dienstplänen unterzubringen. Der Schlüssel steckt für mich in der Wiederholung von Awareness-Trainings in kurzen aber prägnanten Einheiten. Ich denke, wir müssen auch moderne Aufklärungsformate wie E-Learning in Betracht ziehen. Ich finde, wir sollten mit dem Klinikum über das Thema anonyme Spurensicherung sprechen und das bekannter machen.




Hier sind alle beteiligten Institutionen gefordert. Ohne fundierte Analyse der Situation vor Ort maße ich mir nicht an, von außen Ratschläge zu geben.

4. In der Kasseler Beratungslandschaft gibt es derzeit zum Thema sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend verschiedene Akteure wie faX, Eigenmächtig, Kasseler Hilfe oder den Kinderschutzbund - wo sehen Sie Stärken und Schwächen der Helfelandschaft in Kassel und wie wollen Sie diese weiter gestalten?

SVEN SCHOELLER  Beratungsstellen mit dem Schwerpunkt „Gegen sexualisierte Gewalt“ sind wichtig für Betroffene aber auch für andere Institutionen und Fachkräfte, die hier Beratung für ihr eigenes Vorgehen bekommen können. Die Helfelandschaft geht über die Fachberatungsstellen hinaus, auch Erziehungsberatungsstellen, Pro Familia, das Jugendamt oder die Schulpsychologie sind mit der Problematik befasst. Erforderlich sind eine verbindliche Zusammenarbeit und Vernetzung. Ein guter Austausch unter den Professionellen, Qualitätsstandards und Fortbildungen sind m. E. wichtige Elemente, die Helfelandschaft in Kassel zu stärken.


CDU  Den genauen Bedarf und die Schwächen kann ich derzeit nicht detailliert beurteilen, dazu ist ein umfassender Sachstand der zuständigen Ämter und aller Beteiligten nötig. Ich favorisiere ein Gesamtkonzept, siehe Frage 3.

DIE LINKE. Kassel hat mit der Kinderschutzambulanz am Klinikum, dem Kinderschutzhaus und den Beratungsstellen ein vergleichsweise gutes Angebot in der Betreuung von Betroffenen. Wichtig wäre es, die Besonderheiten der jeweiligen Angebote herauszustellen und zum Wohl der Kinder und Jugendlichen effektiv zusammen zu arbeiten.

SPD  Wie zum Datenschutz oder Hygiene sollte es auch für das Thema der sexualisierten Gewalt in Kindheit und Jugend regelmäßige kurze Trainings geben. Ich möchte als Oberbürgermeisterin eine Plattform einrichten lassen, die entsprechende Online-Trainingseinheiten professionell produzieren lässt und danach online anbietet (für Polizei, Erzieherinnen, Lehrerinnen, etc.).

CHRISTIAN GESELLE Hier vertraue ich zunächst auf die Einschätzung des Fachdezernates. Nach meiner Kenntnis fehlen aktuell Angebote im Bereich der Täterarbeit. Für mich persönlich sind alle Aktivitäten im Bereich der Prävention und der koordinierten Zusammenarbeit besonders wichtig.

5. Halten Sie das Präventions-Projekt aus Reutlingen, welches zum Maßstab macht, dass jedes Kind von Kita bis Schulabschluss mindestens eine Präventionsveranstaltung zum Thema sexualisierte Gewalt teilgenommen hat, für eine realistische Blaupause für Kassel. Oder wo möchten Sie den Schwerpunkt im Bereich Prävention legen?

SVEN SCHOELLER  Starke und selbstbewusste Kinder sind der erste Schritt zur Prävention, Kitas Schulen und Eltern sind hier gefordert. Das Reutlinger Projekt gibt gute Anregungen für die Präventionsarbeit. Ergänzend wirkt die Kampagnenarbeit, wie z.B. UBSKM präventionsfördernd. Und dann ist natürlich eine effektive Helfelandschaft ebenfalls förderlich, weil hiermit die Bereitschaft, im Einzelfall hinzuschauen und aktiv zu werden, gefördert wird. In der Kriminologie ist bekannt, dass Täter weniger durch die Höhe der im Einzelfall drohenden Strafen abgeschreckt werden, als vielmehr durch das Risiko, entdeckt zu werden. Wir müssen also dafür sorgen, dass Fälle aufgeklärt werden und dieses Entdeckungsrisiko auch gesellschaftlich wahrgenommen wird.



Präventionsprojekte haben eine ganz besondere Bedeutung und sind außerordentlich wirksam. Wir müssen in Kassel nicht alles neu erfinden, was schon gut funktioniert, ein Beispiel kann Reutlingen sein. Ziel muss sein möglichst viele Menschen zu erreichen.



Verbindliche Präventionsangebote, die in Kitas und Schulen für jedes Kind und die Bezugspersonen (z.B. bei Elternabenden) durchgeführt werden, sind notwendige Bausteine eines Schutzkonzeptes und sollten angegangen werden. Dafür dringend notwendig und schnell umsetzbar sind Fortbildungen für alle Fachkräfte, die in kommunalen Einrichtungen mit Kindern und Jugendlichen arbeiten.

Freie Träger, die in diesem Bereich arbeiten, haben genauso zu verfahren. Die Zusammenarbeit mit den Kirchen und anderen Trägern der Wohlfahrtspflege soll ebenso stattfinden wie mit Landessportbund, den Pfadfindern und anderen Organisationen, um Ehrenamtliche für den Umgang mit dem Thema "Sexualisierte Gewalt" zu qualifizieren.



Regelmäßige Aufklärung ist der Schlüssel zur Prävention. Insofern sehe eine einzige Präventionsveranstaltung innerhalb eines ganzen Schullebenes als das Mindestmaß an. Ich weiß aber, dass die Schulen viele solcher Wünsche für Informationsangebote erfüllen müssen und dies zu einer Zerreisprobe bei jeder Jahresplanung führt. Auch hier sehe ich zusätzliche Online-Angebote und dazu moderne Online-Kampagnen, auch auf lokaler Ebene in Kassel, als sinnvoll an.



Bei der Weiterentwicklung der Präventionsarbeit ist es sicher klug, auf erfolgreiche Projekte aus anderen Regionen zu schauen. Eine Bewertung würde ich den Fachleuten im Arbeitskreis GESA und dem Fachdezernat der Stadt überlassen

6. In Städten wie Frankfurt, Wiesbaden oder Gießen gibt es zwischen Jugendamt und spezialisierten Fachberatungsstellen klare Kooperationsverträge für den Umgang mit Kindeswohlgefährdung in Bezug auf sexualisierte Gewalt – wie möchten Sie die Qualität des Handelns bei Kindeswohlgefährdung in Bezug auf sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend in Kassel sicherstellen?

SVEN SCHOELLER Das Jugendamt spielt eine zentrale Rolle bei Beratung und Hilfe für Kinder in Notlagen. Es agiert zum Schutz des Kindes vor Gewalt und muss den Rechtsanspruch auf Hilfe gewährleisten. Das Jugendamt sieht nicht nur die akute Notlage, sondern auch das familiäre, soziale Umfeld und hat immer auch langfristige Perspektiven im Blick. Selbstverständlich ist dafür eine gute, verbindliche Kooperation mit anderen Einrichtungen und Trägern unerlässlich.

CDU
Kreisverband
Kassel-Stadt

Siehe Frage 3- gemeinsame trägerübergreifende Qualitätsstandards.

DIE LINKE.

Es gibt einen Kooperationsvertrag der Stadt Kassel/Jugendamt mit der Kinderschutzambulanz im Klinikum Kassel.
Ein Vertrag mit einer Fachberatungsstelle kann sinnvoll sein und sollte dringend diskutiert werden.

SPD
SOZIALE
POLITIK FÜR
KASSEL

Ich wäre erstaunt, wenn solche Kooperationsverträge in Kassel noch nicht umgesetzt wurden. Ich würde das in den ersten hundert Tagen meiner Amtszeit umsetzen lassen, sollten sie noch nicht existieren. Ich setze dabei auf die fachliche Unterstützung von lokalen Expert:innen außerhalb des Rathauses.

**CHRISTIAN
GESELLE**

Auch hier hilft es sicherlich, auf positive Erfahrungen in anderen Regionen zu schauen und Lehren daraus zu ziehen.

7. Kassel hat mit der Kinderschutzambulanz im Klinikum Kassel eine wichtige Institution, die derzeit nicht kostendeckend arbeiten kann. Wie kann diese wichtige Arbeit langfristig aus Ihrer Sicht gesichert werden?

SVEN SCHOELLER Ich teile die Ansichten des Positionspapiers „Kinderschutz im Gesundheitssystem verankern“ der Deutschen Gesellschaft für Kinderschutz in der Medizin. Medizinische Kinderschutzambulanzen sind unverzichtbare Einrichtungen für einen funktionierenden Kinderschutz und müssen verlässlich finanziert werden. Die Bereitstellung von Mitteln ist dabei eine die Bundesrepublik Deutschland insgesamt betreffende Aufgabenstellung.
Mir ist wichtig, die Überlegungen zur Einrichtung eines Childhood-Hauses mit den Verantwortlichen der Kinderschutzambulanz zu diskutieren, um die strukturelle Vereinbarkeit beider Einrichtungen abzustimmen.
Meine Unterstützung für eine fachlich und finanziell abgesicherte Kinderschutzambulanz in Kassel kann ich zusichern.



Die Kinderschutzambulanz ist eine sehr wichtige Einrichtung, die erhalten werden muss, dafür werde ich mich einsetzen.

DIE LINKE. Die Kinderschutzambulanz besteht seit 1998 und ist ein zentraler Baustein in dem Handlungskonzept bezüglich sexualisierter Gewalt. Natürlich muss sie finanziell abgesichert werden, wenn die Abrechnung über die KV Hessen die Kosten nicht decken kann. Hierzu sind Mittel im Haushalt bereitzustellen, dafür werde ich mich einsetzen.

SPD SOZIALE POLITIK FÜR KASSEL Durch öffentliche Zuschüsse und Spenden. Die Gesundheitsfinanzierung ist ein hochkomplexes Thema und sicher gab und gibt es gute Gründe, den Faktor Kostendeckung immer wieder anzubringen. Aber eine Kinderschutzambulanz in einem kommunalen Gesundheitskonzern muss aus meiner Sicht nicht kostendeckend arbeiten. Insofern besteht für mich keine Frage nach der langfristigen Sicherung. Das ist selbstverständlich für mich.

CHRISTIAN GESELLE Bei diesem Thema ist es unerheblich, ob kostendeckend gearbeitet wird oder nicht. Die Kinderschutzambulanz ist ans Klinikum angedockt und so soll es auch bleiben.

8. In Frankfurt wird die anonyme Spurensicherung bekanntermaßen stark beworben und öffentlich gemacht. Die anonyme Spurensicherung trägt grundlegend zu der juristischen Aufarbeitung und Selbstbestimmung für Betroffene nach einer sexualisierten Gewalterfahrung bei. Was würden Sie in Ihrer Amtszeit dafür tun, diese bekannter und dementsprechend niederschwellig erreichbarer zu gestalten?

SVEN SCHOELLER Die Anonyme Spurensicherung ist ein wichtiges Instrument der Beweissicherung nach Sexualstraftaten. Sie berücksichtigt die schwierige Konfliktsituation, in der sich Opfer von Sexualstraftaten insbesondere dann befinden, wenn der Täter dem engsten familiären Umfeld angehört. Sie gibt den Betroffenen Zeit zur Überlegung, ob und gegebenenfalls wie den zuständigen Behörden über den Vorgang Kenntnis verschafft werden soll. Die Funktionalität der anonymen Spurensicherung wird durch ein entsprechendes Netzwerk von Ärzten und der Rechtsmedizin gewährleistet. Es handelt sich nicht im Kern um ein Angebot im Zuständigkeitsbereich der Stadt. Natürlich aber kann die Stadt zur Bekanntheit durch entsprechende Aufklärungsarbeit oder durch Unterstützung entsprechender Kampagnen beitragen. Hierzu leiste auch ich gerne einen Beitrag. Und natürlich nehme ich immer gerne konkrete Vorschläge und Ideen entgegen, welche Hilfe die Stadt hierbei leisten kann.



Darüber würde ich informieren.



Es gibt im Klinikum Kassel die Möglichkeit einer verfahrensunabhängigen vertraulichen Spurensicherung. Dabei werden die Spuren einer Gewalttat sichergestellt und für ein Jahr aufbewahrt, ohne dass automatisch eine Strafanzeige erfolgt. Dadurch können Betroffene in Ruhe abzuwägen, ob sie rechtliche Schritte einleiten möchten.

Die Anonymität ist im Kasseler Klinikum gewährleistet, aber über diese Möglichkeit sind z.B. Einsatzkräfte nicht ausreichend informiert.

Die Bekanntgabe sollte mit Flyern über die Rettungsdienste, Polizei, Arztpraxen, Beratungsstellen, ASD usw. erfolgen und im Rahmen der multiprofessionellen Treffen Thema sein.



Das kann und muss über das Klinikum geschehen. Wir müssen mit der GNH über das Thema anonyme Spurensicherung sprechen und das bekannter machen und integrierter darstellen. Das ist für mich aber nicht als Einzelthema machbar, sondern muss Teil einer breiteren Kampagne sein. Um es kurz zu machen: Wir müssen darstellen, warum Aufklärung notwendig ist und wie damit und mit anderen Anlaufstellen geholfen werden kann.



Das Thema ist im Fachdezernat bekannt und in Arbeit.

9. Laut UBSKM sind in Deutschland jeder siebte bis achte Erwachsene von sexualisierter Gewalt in der Kindheit und Jugend betroffen. Die Belange von (erwachsenen) Betroffenen werden aufgrund von epistemischer Ungerechtigkeit wenig gesehen und wahrgenommen. Wie kann Kassel Ihrer Meinung nach dem entgegenwirken, sowie Hilfe und Empowerment für (erwachsene) Betroffene fördern?

SVEN SCHOELLER Erwachsene Betroffene, die über ihre Geschichte reden können, sind sehr hilfreiche Experten*innen bei der Ausgestaltung von Hilfen, Erstellung von Schutzkonzepten etc. Sie wissen, was ihnen geschadet, was sie gebraucht hätten und was geholfen hat.

Erwachsene Betroffene brauchen die Aufarbeitung ihrer Geschichte für ihre emotionale Verarbeitung, sie brauchen Anerkennung und Respekt, aber vielleicht auch therapeutische Hilfe. Dafür müssen entsprechende Angebote vorhanden sein.



Siehe Frage 3

DIE LINKE. Empowerment bei Erwachsenen entsteht auch dadurch, sich selbst zu ermächtigen. Wer Kindern und Jugendlichen sexuelle Gewalt antut, zerstört ihr Gespür dafür, was sie selbst wollen, was ihnen guttut, was für sie richtig oder falsch ist; das wirkt bis ins Erwachsenenalter weiter. Neben Psychotherapie und Beratung kann eine Selbsthilfegruppe für Betroffene eine gute Möglichkeit des Austausches und der Bearbeitung sein.


Ich würde im Rahmen von KISS eine solche Gruppe mit Raumangebot, Beratung und finanziellen Mitteln unterstützen und mich für einen Betroffenenrat auf regionaler Ebene einsetzen

SPD SOZIALE POLITIK FÜR KASSEL Indem mehr Menschen zuhören. Natürlich steht hinter dem Begriff „zuhören“ noch viel mehr: Aufmerksamkeit/Awareness, Aufklärung, Vernetzung. Als Oberbürgermeisterin muss man aber zuerst einmal mit gutem Beispiel vorangehen und einfach erst einmal zuhören. Und dann handeln.



Die Frage zeigt ja das Kernproblem auf: Das Thema muss in der Öffentlichkeit mehr wahrgenommen werden. Hier haben aber alle beteiligten Institutionen eine Verantwortung, deshalb ist eine gute Abstimmung untereinander und ein koordiniertes Vorgehen extrem wichtig.

10. Auf Bundesebene, angesiedelt bei der UBSKM, gibt es einen Bundesbetroffenenrat, auf Landesebene in Hessen wird derzeit über einen Landesbetroffenenrat diskutiert, wie stehen Sie zu Betroffenenbeteiligung auf kommunaler Ebene in Kassel?

SVEN SCHOELLER  Jede Maßnahme, die geeignet und darauf gerichtet ist, die Beteiligung und Interessenvertretung Betroffener zu unterstützen, ist willkommen. Man wird auf der kommunalen Ebene diskutieren und konturieren müssen, was die konkreten Aufgabenstellungen einer kommunalen Betroffenenbeteiligung sein sollen und wie diese organisiert sein soll.



Darüber muss man reden.

DIE LINKE.

Es ist sicher sinnvoll, wenn Menschen aus Kassel und Umgebung dem Thema "sexuelle Gewalt" mit ihrer Person eine Stimme geben. Sie können anderen Betroffenen die Angst nehmen, darüber zu sprechen und die politische Ebene nutzen, Anliegen vorzubringen und durchzusetzen.

SPD

SOZIALE POLITIK FÜR KASSEL Wie das konkret aussehen könnte, darüber sollten wir reden! Grundsätzlich stehe ich dem positiv gegenüber.

CHRISTIAN GESELLE

Hier vertraue ich auf die Expertise der Mitglieder des Arbeitskreises GESA und des zuständigen Fachdezernates - dazu haben wir ja da die geballte Fachkompetenz.

11. Zum 1.1.2024 wird das neue Entschädigungsrecht, SGB XIV, in Kraft treten, neben dem Anspruch auf Entschädigung, die die Versorgungsämter zu bearbeiten haben, sind hier Ansprüche auf Trauma-Ambulanzen benannt. Sehen Sie Kassel für die Umsetzung des SGB XIV gut vorbereitet?

SVEN SCHOELLER ◊ Zunächst einmal hoffe ich, dass das neue SGB XIV den Zugang zu Entschädigung und Hilfen vereinfacht und weniger bürokratisch ist, als das bisherige Recht. Entscheidend ist auch, dass die Rechtsansprüche den Betroffenen bekannt und niedrigschwellig erreichbar sind. Hier sind alle Fachkräfte und Stellen, die Kontakt zu Opfern haben, gefordert. Ich kann Ihnen zusichern, als Oberbürgermeister in enger Abstimmung mit der zuständigen Dezernentin dafür Sorge zu tragen, dass die Abwicklung der gesetzlichen Ansprüche adäquat organisiert wird.



Das kann ich zum jetzigen Zeitpunkt nicht beurteilen. Das kann ich erst sagen, wenn ich als Oberbürgermeisterin Einsicht in die Akten habe.



Opfer von sexueller Gewalt erleiden häufig psychotraumatische Belastungen, die nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) zum Bezug von Leistungen berechtigen können. Um eine Chronifizierung zu vermeiden, ist eine möglichst frühzeitige Beratung und Behandlung zur Verfügung zu stellen. Laut der Angaben des Regierungspräsidenten gibt es 18 hessenweit kooperierende Einrichtungen und Fachkliniken, die therapeutische Hilfe im Rahmen des hessischen OEG-Trauma-Netzwerks anbieten. Für unsere Region ist dies das Krankenhaus für Psychiatrie und Psychotherapie "Ludwig-Noll-Krankenhaus" in Kassel, das zum Klinikum gehört. Als OB würde ich erwarten und in Zusammenarbeit mit dem Klinikum dafür sorgen, dass Plätze für akut Traumatisierte zeitnah zur Verfügung stehen.



Wie das konkret aussehen könnte, darüber sollten wir reden! Grundsätzlich stehe ich dem positiv gegenüber.



Das ist eine Frage, die in erster Linie das Land Hessen beantworten muss, deshalb kann ich zum aktuellen Sachstand nichts sagen.



Die PARTEI findet das Thema zu wichtig.

Kein Witz.